

### Kroatiens Integrationsfortschritte unter der "neuen" HDZ-Regierung

Rozic, Judit

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rozic, J. (2003). Kroatiens Integrationsfortschritte unter der "neuen" HDZ-Regierung. *Südosteuropa*, 52(10/12), 566-582. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66065>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

**Judit Rožić\***

## **Kroatiens Integrationsfortschritte unter der "neuen" HDZ-Regierung**

### **Einleitung**

Am 20. April 2004 überreichte die Europäische Kommission einer kroatischen Regierungsdelegation in Straßburg ihre befürwortende Stellungnahme zum Antrag Kroatiens auf Mitgliedschaft in der EU, den sog. Avis. "Historisch für Kroatien"<sup>1</sup> – nannte EU-Außenkommissar Chris Patten den Bescheid der Kommission<sup>2</sup>, der Kroatien bestätigt, die politischen Kriterien von Kopenhagen<sup>3</sup> und die an den Stabilisierungs- und Assoziierungs-Prozeß geknüpften Bedingungen<sup>4</sup> zu erfüllen. Dem Rat, dem 'Auftraggeber' des Gutachtens, wird empfohlen, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufzunehmen.

Eine Woche später bekräftigte Kroatiens Ministerpräsident Ivo Sanader – ebenfalls in Straßburg – Pattens Einschätzung der historischen Bedeutung des Avis für Kroatien, um sie zugleich auch zu relativieren. Vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats erklärte Sanader:

*"Fully convinced that the avis is a historic but still just one big step forward in this direction, Croatia, as a future candidate, stands ready to continue on*

---

\* Judit Rožić, M.A., Stuttgart. Die Arbeit entstand während eines Praktikums der Autorin bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.

<sup>1</sup> Zitiert nach: Gestärktes Selbstbewußtsein in Kroatien. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 22.04.2004; vgl. EU-Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.04.2004.

<sup>2</sup> Vgl. Commission of the European Communities: *Croatia: Opinion on the Application of Croatia for Membership of the European Union. Summary and Conclusions*. Brussels, 20 April 2004, COM (2004)-257 final; Kurzfassung und Volltext siehe <[http://europa.eu.int/com/external\\_relations/see/sap/rep3/cr\\_croat.pdf](http://europa.eu.int/com/external_relations/see/sap/rep3/cr_croat.pdf)>.

<sup>3</sup> Die Kopenhagener Kriterien umfassen folgende Bereiche in der Politik: institutionelle Stabilität; demokratische, rechtsstaatliche Ordnung; Wahrung der Menschenrechte; Minderheitenschutz; in der Wirtschaft: funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften der EU standzuhalten; Fähigkeit, die Verpflichtungen einer EU-Mitgliedschaft zu übernehmen, die Ziele einer politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion mit zu tragen und den gemeinsamen Rechtsstand der EG, den "acquis communautaire" zu implementieren. Vgl. Commission of the European Communities (Anm. 2).

<sup>4</sup> Wörtlich hierzu in der Stellungnahme: "The Commission has also taken into account the Stabilisation and Association Process conditionalities which were defined by the Council on 29 April 1997. These include co-operation with the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY), regional co-operation and other related issues. [...] In drawing up its recommendation on the opening of the accession negotiations, the Commission has paid particular attention to Croatia's existing capacity to fulfill the political criteria. Ebenda.

*its journey to the European Union. [...] Once the candidate status is granted to Croatia, our approach to the European Union will, undoubtedly, require further reforms, harmonisation of numerous laws, regulations and practices with the *acquis communautaire*, in order to achieve full compatibility with the EU standards.*

*[...] I need not to stress that Croatia's aspirations and its approach to the European Union, which became ever more realistic with the adoption of the positive avis, do not imply any 'fugitive intentions' from the region. [...] Croatia is ready to contribute by sharing its experiences and offering advice to the countries in the region on their approach to the European Union. And last but not least, Croatia's candidate status for the membership in the European Union represents an incentive to the others in the region as the confirmation of their clear European perspective for all, within the Stabilization and Association Process."*<sup>5</sup>

In ihrer Stellungnahme kommt die Kommission in bezug auf die politischen Kriterien zu dem Schluß, Kroatien verfüge über eine funktionsfähige Demokratie und stabile Institutionen als Garanten der Rechtsstaatlichkeit. Sie vermerkt, die Wahrung der Grundrechte werfe keine nennenswerten Probleme auf, fordert aber – trotz konstatierter Fortschritte – von Kroatien weitere Reformanstrengungen in den Bereichen Minderheitenrechte, Rückführung der Flüchtlinge, Justizreform, regionale Zusammenarbeit und Korruptionsbekämpfung.

In bezug auf die wirtschaftlichen Kriterien könne Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft angesehen werden. Das Land dürfte mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerb in der Union standzuhalten – vorausgesetzt, es setze sein Reformprogramm fort und beseitige noch bestehende Schwachstellen. Dasselbe gelte mittelfristig auch für die Fähigkeit Kroatiens, die übrigen aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> The Statement of the Prime Minister of the Republic of Croatia Dr. Ivo Sanader at the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Strasbourg, April 27, 2004; <<http://www.vlada.hr/default.asp?akcija=&ru=345&gl=&sid=&jezik=2>>.

Zur Funktion Kroatiens als "role model" für die Länder des Westbalkans vgl. Klimpel, Wolfgang: Kroatiens europäische Integrationsbestrebungen. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 43 (2003) 4–5, S. 45–55, hier S. 54–55; RegierungOnline: EU-Perspektive für Kroatien. 10.03.2004, <[bundesregierung.de/Nachrichten-,471.619773/artikel/EU-Perspektive-fuer-Kroatien.htm](http://bundesregierung.de/Nachrichten-,471.619773/artikel/EU-Perspektive-fuer-Kroatien.htm)>; Raguz, Vitomir Miles: State of the Union. A Useful Balkan Flip-Flop. In: *The Wall Street Journal*, 22.04.2004.

<sup>6</sup> Commission of the European Communities, Brussels 20 April 2004, COM (2004)–257 final (Anm. 2). Vgl. *Croatia: Commission recommends opening of accession negotiations*. IP/04/507– Brussels, 20 April 2004, <[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/see/news/2004/ip04\\_507.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/news/2004/ip04_507.htm)>; EU-Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.04.2004.

Gleichzeitig mit dem Avis hat die Kommission den Entwurf für einen Beschluß des Rates über "Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Kroatien" vorgelegt.<sup>7</sup> Wie im Entwurf ausgeführt, werden

*"gestützt auf die Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag in der Europäischen Partnerschaft mit Kroatien Aktionsprioritäten festgelegt, um die Bemühungen um eine Annäherung an die Europäische Union innerhalb eines kohärenten Rahmens zu unterstützen. Diese Prioritäten sind auf die spezifischen Bedürfnisse und den Vorbereitungsstand Kroatiens abgestimmt und werden gegebenenfalls aktualisiert."*<sup>8</sup>

Offensichtlich soll die Europäische Partnerschaft auch als Checkliste für die Messung der Integrationsfortschritte dienen, zumal sie "Orientierungshilfen für die finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung der Prioritäten" bietet. Entsprechend werden die kurz- und mittelfristigen Prioritäten für die Vorbereitung Kroatiens auf die weitere Integration aufgelistet, d.h. die in 12 bis 24 Monaten bzw. in drei bis vier Jahren zu erreichenden Reformziele benannt. Um zu gewährleisten, daß die Reformanstrengungen und die verfügbaren Ressourcen auf die Bereiche konzentriert werden, wo sie am notwendigsten erscheinen, wird Kroatien aufgefordert, einen detaillierten Plan zur Umsetzung der Prioritäten auszuarbeiten, aus dem hervorgehen soll, welche Maßnahmen nach welchem Zeitplan und unter Einsatz welcher personellen und finanziellen Ressourcen vorgesehen sind. Als kurzfristige Prioritäten im politischen Bereich sind im Entwurf u.a. festgelegt: Ausarbeitung und Umsetzung einer umfassenden Strategie für die Justizreform; Verstärkung der Korruptionsbekämpfung; Verbesserung der Funktionsweise der öffentlichen Verwaltung; Umsetzung des bereits vorliegenden Minderheitengesetzes in die Praxis, proportionale Vertretung der Minderheiten in kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsgremien, in der staatlichen Verwaltung und den Justizbehörden; Beschleunigung der Rückkehr von Flüchtlingen und schließlich Gewährleistung der weiteren "uneingeschränkten Zusammenarbeit" mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).<sup>9</sup> Der letztgenannte Punkt spricht das Problem an, das seit Jahren die Annäherung Kroatiens an die EU und die Nato erschwert bzw. verzögert hatte und drohte, einen positiven Avis zu verhindern: die mehrfach, zuletzt noch im November

<sup>7</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Beschluß des Rates über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Kroatien. Brüssel, 20.04.2004. KOM(2004) 275 endg., <[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/see/sap/rep3/part\\_croat.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sap/rep3/part_croat.pdf)>.

Die Einführung Europäischer Partnerschaften als neues Instrument zur Intensivierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses wurde im Juni 2003 vom Europäischen Rat in Thessaloniki beschlossen.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 4 (Anhang, Einleitung).

<sup>9</sup> Ebenda, S. 5–6; vgl. OSCE Mission to Croatia Headquarters: Background Report: EC recommends that EU membership negotiations begin with Croatia. Zagreb, 27 April 2004, <[http://www.osce.org/documents/mc/2004/04/2784\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/mc/2004/04/2784_en.pdf)>, S. 1–3>.

2003,<sup>10</sup> von der internationalen Gemeinschaft und dem UNO-Kriegsverbrechertribunal als "nicht in allen Fällen zufriedenstellend" gerügte Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Haager Strafgerichtshof. Hauptkritikpunkte waren, daß Kroatien bei Anklagen wegen möglicher Kriegsverbrechen, die von Mitgliedern der kroatischen Armee während und nach der Rückeroberung der serbisch besetzten Landesteile, insbesondere der Krajina, im Sommer 1995 verübt worden sind, eine individuelle persönliche Verantwortung der Angeklagten anerkennt, nicht aber deren Kommandoverantwortung und "strikt jede Verantwortung für das Oberkommando der inkriminierten Militäraktionen" – wie beispielsweise der Operation 'Tasche von Medak' (Medački džep) im September 1993 oder 'Sturm' (Oluja) im Sommer 1995 – "verweigert". Nach der Anklageerhebung gegen die Generäle Bobetko und Ante Gotovina setzte – so der EU Jahresbericht zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kroatien aus dem Jahr 2003 – "Kroatien alle Hebel an, um den ergangenen Haftbefehl nicht auszuführen."<sup>11</sup> Im Fall des ehemaligen Generalstabchefs Bobetko erwirkte die kroatische Regierung schließlich die Feststellung der Transport-, Vernehmungs- und Haftunfähigkeit des 83-Jährigen, die Anklage wurde aber bis zu dessen Tod im April 2003 aufrechterhalten. Ex-General Gotovina war sofort nach der Anklageerhebung 2001 untergetaucht, er wurde bis heute nicht verhaftet und nach den Haag ausgeliefert.<sup>12</sup> Kroatiens zögerliche Zusammenarbeit mit den Haag und sein ambivalentes Verhalten gegenüber den eigenen Kriegsverbrechern haben nicht nur zu einem Imageverlust des Landes in der internationalen Gemeinschaft geführt, sondern im Zusammenhang mit der 'Causa Bobetko' im Herbst 2002 Großbritannien und die Niederlande veranlaßt, das 2001 unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der EU mit Kroatien (SAA) nicht zu ratifizieren.

Bereits Anfang Dezember 2003, noch vor Abschluß der Regierungsbildung, hatte Kroatiens designierter neuer Ministerpräsident Ivo Sanader erklärt, seine Regierung "garantierte die volle Zusammenarbeit mit dem Tribunal."<sup>13</sup> Ausschlaggebend für die Erteilung des positiven Avis waren dann auch

- die Auslieferung von acht Kriegsverbrechern an das Tribunal, darunter die ehemaligen Generäle Ivan Čermak und Mladen Markač, die sich am 11. März

<sup>10</sup> Vgl. Del Ponte will Kroatien zur Kooperation zwingen. EU-Beitritt nur unter Bedingungen. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 4. November 2003; vgl. [bundesregierung.de/Nachrichten-,471.619773/artikel/EU-Perspektive-fuer-Kroatien.htm](http://bundesregierung.de/Nachrichten-,471.619773/artikel/EU-Perspektive-fuer-Kroatien.htm).

<sup>11</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Kroatien, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Jahresbericht 2003. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Brüssel, 26.3.2003, SEK(2003) 341, S. 13, [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/see/sap/rep2/com03\\_341\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sap/rep2/com03_341_de.pdf).

<sup>12</sup> Vgl. Jurekovic, Predrag: 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY – Welche Bedeutung hat die Kriegsverbrecherproblematik für den Stabilisierungsprozeß auf dem westlichen Balkan? In: *Südosteuropa*, 52 (2003) 4–6, S. 167–183, hier S. 172, 176; Schwarz, Karl-Peter: Die Tasche von Medak. Kroatische Kriegsverbrechen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.05.2004.

<sup>13</sup> Ich bin nicht erpressbar. Interview mit Ivo Sanader. In: *Der Spiegel*, 01.12.2004.

freiwillig dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien stellten;<sup>14</sup>

- der am 22. März vom Europäischen Parlament ausgestellte Bericht, der "das Engagement der neuen Regierung, voll und ganz mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten, begrüßt"; "alle Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, nachdrücklich auffordert, das von Kroatien und der Europäischen Union 2001 unterzeichnete SAA zu ratifizieren"; bestätigt, "daß Kroatien auf dem richtigen Weg ist, ... um die Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen", und abschließend bekräftigt, "die europäische Perspektive Kroatiens ist anerkannt und wird begrüßt";<sup>15</sup>
- ein Schreiben des Tribunals an die Kommission von Mitte April, in dem Chefanklägerin Carla del Ponte der kroatischen Regierung die "volle Zusammenarbeit" mit dem Gericht attestiert. Auf dieses Schreiben wird im Avis ausdrücklich verwiesen.

Für Großbritannien, das noch Anfang März ein positives Votum für Kroatiens Beitritt und die Ratifizierung des SAA vom zufriedenstellenden Ausgang der "Causa Gotovina" abhängig gemacht hatte<sup>16</sup> und dadurch indirekt die Ausstellung des Avis verzögerte, kam die entscheidende Wende mit Carla del Pontes Schreiben. Einen Tag vor der offiziellen Verkündung des Avis sicherte der britische Europaminister Denis MacShane in Zagreb der kroatischen Regierung bei ihren Bemühungen um den EU-Beitritt volle Unterstützung Großbritanniens zu.<sup>17</sup> Die Ratifizierung des Abkommens sei lediglich eine technische Angelegenheit, so MacShane, die in einer halben Stunde im Unterhaus des britischen Parlaments gelöst werden könne. Außerdem könne mit den Beitrittsverhandlungen auch ohne die Ratifizierung des Abkommens sowie ohne die Auslieferung Gotovinas an Den Haag begonnen werden.<sup>18</sup>

Die Ausstellung des positiven Avis ist der Zusammenarbeit zwischen der alten und der neuen Regierung zu verdanken. Die sozialdemokratische Regierung unter Ivo Račan legte durch den Beitrittsantrag und die termingerechte Beantwortung des von der Europäischen Kommission vorgelegten Fragenkatalogs den Grundstein für einen Beitritt in die Europäische Union. Während der neue Regierungschef Ivo Sanader auf Račans Unterstützung bei der vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit Den Haag zählen konnte, war der Račan-Regierung solche Hilfe seitens der damals in der Opposition sitzenden nationalkonservativen Partei Sanaders versagt. Jede Anklageschrift, die Zagreb erreichte, hatte Proteste und De-

<sup>14</sup> RFE/RL Newslines, 09.03.2004.

<sup>15</sup> Europaparlament: *Bericht mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu dem Antrag Kroatiens auf Aufnahme in die Europäische Union (2003/2254(INI))*. 22.03.2004, A5-0206/2004.

<sup>16</sup> Britischer EU-Minister knüpft Kandidatur Zagrebs an eine Lösung im Fall Gotovina. In: *HINA* (Zagreb), 09.04.2004.

<sup>17</sup> *HINA* (Zagreb), 19.04.2004, auf der Website der kroatischen Regierung <[www.vlada.hr/default.asp?gl=200404230000001](http://www.vlada.hr/default.asp?gl=200404230000001)>.

<sup>18</sup> Podgornik, Branko: Sanader i Račan zajedno omekšali Veliku Britaniju [Sanader und Račan können Großbritannien für sich gewinnen]. In: *Novi list*, 21.04.2004; <<http://www.novilist.hr>>.

monstrationen ausgelöst, die von der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (Hrvatska Demokratska Zajednica – HDZ) organisiert und unterstützt wurden. Račan und seine Regierung wurden des Vaterlandsverrates bezichtigt. Als der britische Europaminister MacShane verkündete, sein Land werde Kroatien nicht unterstützen, solange es Gotovina nicht ausliefere<sup>19</sup>, bot Račan Hilfe zu einer gemeinsamen diplomatischen Offensive in den EU-Mitgliedsländern an. Auf einer Pressekonferenz bat er z.B. Großbritannien, sein Land zu unterstützen. Zudem wandte er sich mit demselben Anliegen auch in einem persönlichen Brief an den britischen Premierminister, Tony Blair.<sup>20</sup>

Mit der Erlangung des Avis wurde der erste große Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft getan. Wie zu erwarten, folgten die EU-Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel in Brüssel (18./19. Juni) der Empfehlung der Kommission, gewährten Kroatien den Status eines EU-Beitrittskandidaten und beschlossen "zeitig" im Jahr 2005 eine bilaterale Regierungskonferenz zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen einzuberufen. Damit sahen sich viele kroatischer Politiker wie z.B. Vesna Pusić, die Vorsitzende der Volkspartei (Hrvatska Narodna Stranka – HNS), in ihren Hoffnungen auf einen Verhandlungsbeginn noch im laufenden Jahr enttäuscht.<sup>21</sup>

Die folgende Analyse wird Kroatiens euroatlantischen Integrationsweg nachzeichnen, der unter der sozialdemokratischen Regierung Račan begann, die damit verbundenen Herausforderungen beleuchten, die sich seit den Parlamentswahlen im November 2003 für die neue Sanader-Regierung in der Innen- und Außenpolitik stellen, und auf die für eine erfolgreich geführte Integrationspolitik zu erfüllenden Voraussetzungen eingehen.

## Der Weg zur europäischen Integration

Kroatiens Bemühungen um Zugehörigkeit zur 'europäischen Familie' beginnen schon unter der Tudman-Regierung (1990-1999), wenn auch nur zaghaft.<sup>22</sup> Mit der Nennung politischer und wirtschaftlicher Bedingungen seitens des EU-Ministerrates 1997 werden bilaterale Beziehungen mit Kroatien hergestellt. Zwei Jahre später (1999) schlägt die EU einen Stabilisierungs- und Assoziationsprozeß (SAP) für die fünf südosteuropäischen Staaten, darunter auch Kroatien, vor. Doch erst nach den Parlamentswahlen im Januar 2000 und der anschließenden Machtübernahme durch die Sozialdemokraten beginnt sich Kroatien aus der von Präsi-

<sup>19</sup> Vgl. *HINA* (Zagreb), 09.04.2004 (Anm.16); RegierungOnline: EU-Perspektive für Kroatien. 10.03.2004 (Anm. 5).

<sup>20</sup> Podgornik, (Anm. 18)

<sup>21</sup> Kroatien begrüßt 'grünes Licht' der EU für Beitrittsverhandlungen. In: *Der Standard*, 21.04.2004, <<http://www.derStandard.at>>.

<sup>22</sup> Der Gesamtabschnitt basiert im wesentlichen auf Klimpel (Anm. 5), S. 46–49; European Commission: External Relations, The EU's relations with Croatia, <[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/see/croatia/index/htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/croatia/index/htm)>; Republic of Croatia, Ministry of Foreign Affairs: Multilateral Relations, European Union, Overview of Meetings and Main Events in Croatia-EU Relations 2000–2004, <<http://www.mvp.hr/MVP.asp?pcpid=1286>>.



dent Franjo Tuđman verursachten und zehn Jahre andauernden politischen Isolation zu lösen. Als erstes wird im Februar 2000 die Gemeinsame Beratende Task Force EU-Kroatien eingesetzt, die Kroatien mit Expertise und technischer Unterstützung in Vorbereitung für den SAP beliefert, während im darauffolgenden Monat das EU-Büro des Sonderbeauftragten in Zagreb in eine ständige Delegation der Europäischen Kommission umgewandelt wird. Zum Auftakt der Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen verabschiedet die Kommission am 24. Mai eine positive Machbarkeitsstudie (*feasibility report*). Auf der Tagung des Europäischen Rates in Portugal im Juni wird allen SAP Ländern der Status von "potentiellen Kandidaten" für eine EU-Mitgliedschaft bescheinigt. Drei Monate später wird der zollfreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt für kroatische Produkte ausgedehnt. Am 25. Mai wird Kroatien in das NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" aufgenommen.

Mit 2001 beginnt das erste Jahr der neuen CARDS-Programme (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation), die auf die Bedürfnisse der SAP Länder zugeschnitten sind. In Luxemburg unterzeichnen am 29. Oktober 2001 die EU und Kroatien das "Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der Europäischen Gemeinschaften und deren Mitgliedstaaten mit der Republik Kroatien", das Kroatien eine europäische Perspektive eröffnet. Ziele des Abkommens sind die Schaffung eines Rahmens für politischen Dialog, die Förderung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Perspektive der Errichtung einer Freihandelszone nach einer Übergangszeit von sechs Jahren, die Annäherung an europäische Standards und finanzielle Unterstützung für die Reformen.<sup>23</sup> Als eines der ersten EU-Mitglieder ratifiziert Deutschland das Abkommen am 1. Oktober 2002. Auf der Grundlage des SAA plant Kroatien, bis 2006 den gesamten EU-Besitzstand, den *acquis communautaire*, zu übernehmen. Um dies zu realisieren, setzt Kroatien seit Dezember 2002 ein eigenes ambitioniertes "Nationales Programm der Regierung Kroatiens für die Aufnahme in die EU" um, mit dessen Hilfe die Regierung selbst Fristen bestimmt für die Erfüllung der EU-Kriterien, der Kriterien aller Kapitel des *acquis communautaire* sowie der Verpflichtungen aus dem SAA. Ende 2001 verabschiedet die Kommission eine Länderstrategie für Kroatien, die den Zeitraum 2002-2006 abdeckt und somit einen Rahmen steckt für Heranführungshilfen, die durch CARDS-Programme zur Verfügung gestellt werden.

Zu Jahresbeginn 2002 wird ein Interimsabkommen, das Handel und handelsbezogene Maßnahmen betrifft, parallel zum SAA abgeschlossen, das im März in Kraft tritt. Im Dezember 2002 verabschiedet das kroatische Parlament einstimmig

<sup>23</sup> Das Abkommen schafft auch die Grundlage für die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und regelt die Übernahme eines großen Teils des *acquis communautaire* durch Kroatien. Bei der Implementierung des Abkommens wird Kroatien von der EU im Rahmen des CARDS-Programms unterstützt, das u.a. Flüchtlingsrückführung, Zivilgesellschaft, Handel, soziale Entwicklung, Justizreform, Reform der öffentlichen Verwaltung, nationale, regionale und lokale Entwicklung, öffentliche Finanzen und Sanierung der Umwelt abdeckt. Text des Abkommens vom 09.07.2001, <[www.europa.eu.int/comm/external\\_relations/see/croatia/com01\\_371.de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/see/croatia/com01_371.de.pdf)>.



eine "Resolution über die Aufnahme der Republik Kroatien in die Europäische Union", auf deren Grundlage am 21. Februar 2003 der Beitrittsantrag gestellt wird. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen beauftragt die Kommission am 14. April 2003, binnen Jahresfrist eine Stellungnahme zu Kroatiens Antrag auszuarbeiten. Am 10. Juli 2003 übergibt EU-Kommissionspräsident, Romano Prodi, Ivica Račan einen 4500 Punkte umfassenden Fragenkatalog, den die kroatische Regierung bis Oktober 2003 zu beantworten hat.

### Die HDZ – zurück an der Macht

Bereits vor den Parlamentswahlen am 23. November 2003 machten sich Skepsis und Zweifel breit, ob Kroatien seinen Kurs in Richtung EU und NATO beibehalten würde, sollte die nationalkonservative HDZ an die Macht gelangen. In einem Interview am 25. Oktober 2003 erinnerte der deutsche Botschafter in Zagreb, Gebhardt Weiß, noch einmal daran, welche Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen seien: Schutz von Minderheiten, Rückführung von Flüchtlingen, Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal. Was er aber auf Kundgebungen der Opposition gehört habe, "würde die EU-Tore für Kroatien auf absehbare Zeit verschließen".<sup>24</sup> In "Voice of America" tat Ministerpräsident Račan seine Befürchtungen kund, eine Rückkehr der um die HDZ versammelten Rechten an die Macht könnte die Absicht Zagrebs gefährden, im kommenden Jahr Gespräche für eine Integration in die Europäische Union zu beginnen.<sup>25</sup>

Auch wenn sich in der Bevölkerung anhaltende Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Regierung bemerkbar gemacht hatte, kam der Sieg der HDZ doch überraschend. Nach nur vier Jahren in der Opposition gelang es der Partei des ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman, nun aber unter dem neuen Parteichef Ivo Sanader, sich wieder als Regierungspartei zu etablieren. Mit dem Sieg der Nationalisten wurden Erinnerungen an die von 1990 bis zur Abwahl der Partei am 3. Januar 2000 betriebene HDZ-Politik wach und damit die Befürchtung, Kroatien könnte auf seinem euroatlantischen Integrationsweg erneut in die Isolation getrieben werden. Selbst eine Wiederbelebung der "Balkan-Gespenster", welche den wirtschaftlichen und politischen Reformprozeß sowie die Annäherung an die EU beeinträchtigen und der regionalen Stabilität nachhaltigen Schaden zufügen könnte, schien nicht ganz auszuschließen zu sein.<sup>26</sup> Dann wurde in Frage gestellt, ob die HDZ die von der Vorgängerregierung eingeleitete Versöhnung mit Belgrad fortsetzen werde, denn es sei schwer vorstellbar "daß ausgerechnet eine von der HDZ geführte Koalition, die bisher größtenteils von Justizskandalen begleitete Aufarbeitung der Kriegsverbrechen verbessert oder gar die von Menschenrechtsorganisationen dokumentierte Benachteiligung serbischer Vertriebe-

---

<sup>24</sup> Siehe Oschlies, Wolf: *Kroatien: Parlamentswahlen mit ungewissem Ausgang*. Diskussionspapier. Berlin, 20.11.2003.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Reljić, Dušan: Gespenster auf dem Balkan. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 49 (Januar 2004) 1; S. 18–22, hier S.19.

ner beendet".<sup>27</sup> Kritische Stimmen wurden laut, ob sich die HDZ auch ganz von ihren nationalistischen Wurzeln gelöst habe. Die *Neue Zürcher Zeitung* prognostizierte in ihrer Ausgabe vom 25. November 2003 eine Verlangsamung des Reformtempos in Kroatien, sollte die HDZ die Regierungsverantwortung übernehmen, und erwartete, nationalistische Kräfte dürften wohl insgesamt Auftrieb erhalten. Doch werde es keine Rückkehr zur Politik Tudmans geben, denn zu weit seien in Kroatien die Reformen gediehen und zu sehr habe sich die politische Atmosphäre im Land gewandelt.<sup>28</sup>

Während Račan und seine Mannschaft nach den Januarwahlen 2000 von der internationalen Staatengemeinschaft mit offenen Armen empfangen worden waren, da sie sofort signalisiert hatten, Kroatien aus der internationalen Isolation heraus zu führen, wurden Sanader und die reformierte HDZ zunächst zu einer Probezeit "verdammt". Die reformierte HDZ hatte die internationale Staatengemeinschaft von ihrer neuen Ausrichtung sowie davon zu überzeugen, daß ein Rückfall in den Nationalismus der Tudman-Ära nicht mehr zu befürchten sei und daß Kroatien seinen Verpflichtungen – Zusammenarbeit mit Den Haag, Rückführung der Flüchtlinge, Schutz von Minderheitenrechten – nachkommen werde.

Sanader gab zu erkennen, mit den ethnischen Minderheitsgruppen eine Politik der Versöhnung praktizieren zu wollen. Gleich nach den gewonnenen Parlamentswahlen bot Sanader der serbischen Minderheit Gespräche an und stellte ihren Vertretern wichtige diplomatische Posten sowie Positionen als stellvertretende Minister in Aussicht.<sup>29</sup> Solche Annäherungsversuche waren unter der Račan-Regierung völlig unterblieben. Die Unabhängige Demokratische Serbische Partei (Samostalna Demokratska Srpska Stranka – SDSS), die sich nach den Wahlen für eine Koalition mit der HDZ aussprach, unterzeichnete mit der Regierung ein Abkommen, das dieser die Unterstützung der drei Abgeordneten im Parlament (Sabor) zusicherte. Im Gegenzug verpflichtete sich der Regierungschef, die bisherige rechtliche, ökonomische, soziale und kulturelle Diskriminierung der serbischen Minderheit in Kroatien zu beenden. Er sagte ihr u.a. die Unterstützung der Rückkehr der Flüchtlinge, die Rückgabe serbischen Eigentums, einschließlich jenes der serbisch-orthodoxen Kirche, die Entschädigung für zerstörtes Eigentum sowie die Implementierung des Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten zu. Die noch ausständigen 3600 Wohnungen, die Serben gehören und in vielen Fällen widerrechtlich von Kroaten genützt werden, sollen bis Ende Juni 2004 zurückgegeben werden.<sup>30</sup> Sanader hat sich gegenüber Milorad Pupovac, dem Vorsitzenden des Serbischen Nationalrates (Srpsko Nacionalno Vijeće – SNV), dazu verpflichtet, bis Ende Juni alle Fälle von illegaler Inanspruchnahme des Eigentums zurückgekehrter serbischer Flüchtlinge regeln zu lassen. Darüber hinaus

<sup>27</sup> A.a.O., S. 20.

<sup>28</sup> Aufwind für Kroatiens Nationalisten. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 25.11.2003, S. 3.

<sup>29</sup> Lovrić, Jelena: Godina normalnije Hrvatske [Das Jahr eines normaleren Kroatiens]. In: *Novi list*, 31.12.2003; <<http://www.novilist.hr>>

<sup>30</sup> Schwarz, Klaus Peter: Vom Willen zur Macht geeint. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.12.2003, S. 10.

soll der Staat u.a. für zerstörtes Eigentum Entschädigung zahlen und allen Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen.<sup>31</sup>

Während der kroatische Präsident Stipe Mesić die Umwandlung der HDZ mit den Worten begrüßte, Sanaders HDZ sei nicht dieselbe Partei, die er 1994 verlassen habe, ließ Račans Sozialdemokratische Partei (Socijaldemokratska Partija – SDP) eher kritische Vorsicht walten. Sie warf den Medien vor, sich mit Sanaders Aussagen über den Wandel der HDZ zu schnell zufrieden gegeben zu haben, ohne klare Beweise abzuwarten, daß sich die Partei auch tatsächlich von der alten Tudman-HDZ distanziert habe.

Schon die bloße Aufnahme von Gesprächen mit den Vertretern der Minderheiten hat der internationalen Staatengemeinschaft signalisiert, daß Sanader es mit der Distanzierung von den nationalistischen und autoritären Traditionen der HDZ ernst meint. Er hat alles vermieden, was die Annäherung Kroatiens an die EU und NATO gefährden könnte.<sup>32</sup> Dazu gehörte auch die Ablehnung einer Koalition mit der Partei der Rechten (Hrvatska Stranka Prava – HSP), welche seitens der EU kaum mit Wohlwollen aufgenommen worden wäre. Die HSP steht für Faschismus, Nationalismus, Rassismus und Xenophobie, auch wenn sie ständig betont, mit der Ustaša-Tradition gebrochen zu haben.<sup>33</sup> Mehrmals unterstrich Sanader, die reformierte HDZ sei keine Anhängerin des Nationalismus und Rassismus. Er lehne es ab, seine Parteifreunde und die Mitglieder der HDZ als Nationalisten zu bezeichnen. Vorbei seien die Zeiten, in denen die Partei nach nationalistischen Gefühlen und Ausbrüchen lechzte. Sanader, der im April 2000 die Parteiführung der HDZ übernahm, hatte unter Tudman hohe politische Ämter bekleidet, aber nicht zum engsten Führungskreis gehört. Dies half ihm, die Partei zu einer Mitte-Rechts-Partei umzubauen. Die neue HDZ, die seit 2002 einen Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei (EVP) innehatte, erhielt am 28. April den Status eines assoziierten Mitglieds. Sie sieht sich als "nationalkonservative, christlich-demokratische Partei europäischen Zuschnitts"<sup>34</sup> und somit politisch der CDU oder der österreichischen ÖVP nahe. In einem SPIEGEL-Interview gab Sanader an, daß bei der Übernahme des HDZ-Parteivorsitzes im April 2000 die Extremisten sofort ausgeschlossen wurden. Den "Tudmanismus" gebe es nicht mehr, sehr wohl aber Dankbarkeit für die Verdienste des früheren Staatsoberhauptes um die Unabhängigkeit Kroatiens. Er garantiere die volle Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal; auch sei er ein bekennender Europäer, aber zur transatlantischen Zusammenarbeit gebe es keine Alternative.<sup>35</sup>

<sup>31</sup> Reljić, Dušan: Nur eine Kurzstrecke? *SWP-Aktuell*, 8. März 2004, S. 1–4.

<sup>32</sup> Vgl. Grgic, Borut: A Rocking Vote Puts Croatia On Road to Europe. In: *The Wall Street Journal*, 28.11.2003, S.8.

<sup>33</sup> Vgl. Sanader auf Partnersuche. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.12.2004, S.5; Kroatien vor innenpolitischem Kurswechsel. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.12.2003, S. 5.

<sup>34</sup> Lob für Kroatiens neue Regierung. in: *Neue Zürcher Zeitung*, 05.02.2004, S. 4.

<sup>35</sup> Ich bin nicht erpressbar. Interview mit Ivo Sanader. In: *Der Spiegel*, (2003) 49, 01.12.2003, S. 130.

### Die neue Regierung stellt sich den Herausforderungen

Wie dem Regierungsprogramm für 2003-2007 zu entnehmen ist, setzt die Regierung Sanader die Politik der Vorgängerin sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik größtenteils fort. So gehören die EU- und NATO-Vollmitgliedschaft, die von der Tudman-HDZ "verpönt" wurden, zu den beiden Hauptzielen der Regierungsarbeit. Parallel zum EU-Beitritt beabsichtigt die Regierung im Rahmen der Verteidigung und nationalen Sicherheit eine Strategie zu entwickeln, diplomatische sowie innenpolitische Aktivität zu entfalten, um den Beitrittsprozeß in die NATO zu beschleunigen. Dabei wird der NATO-Beitritt im Programm noch als Voraussetzung für den EU-Beitritt betrachtet. Ferner setzt man auf die Förderung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU und den USA. Die Regierung betrachtet Kroatiens aktive Beteiligung in der Antiterror-Koalition als wichtigen Bestandteil der kroatischen Außenpolitik und als Bekenntnis zur transatlantischen Integration. Sie erklärt sich außerdem willens, alle von den internationalen Organisationen (EU, NATO und UNO) vorgegebenen Verpflichtungen im Rahmen einer Mitgliedschaft zu erfüllen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Teilnahme an Friedensmissionen sowie an Missionen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus.<sup>36</sup>

In der Wirtschaftspolitik hat sich die neue Regierung vorgenommen, die Wirtschaft zu stärken, die hohe Arbeitslosigkeit zu senken, Kroatiens beträchtliche Auslandsverschuldung abzubauen und die von der alten Regierung begonnenen Reformen fortzuführen.

*"Die Mehrheit der Wähler hat uns ihre Stimme gegeben, weil sie endlich besser leben will, weil sie nach den Entbehrungen der Kriegsjahre und den Anstrengungen der marktwirtschaftlichen Transformation endlich mehr Geld in der Tasche haben möchte",*

sagte Sanader.<sup>37</sup> Ferner gilt es, das wirtschaftliche Umfeld für Investitionen und private unternehmerische Aktivitäten attraktiver als bisher zu gestalten und Investitionshemmnisse (wie Markteintrittsbarrieren) so schnell wie möglich abzubauen, Klein- und Mittelunternehmen zu fördern, die Mehrwertsteuer von 22 auf 20 Prozent zu senken, um Investitionen anzulocken, die Körperschaft- und Einkommensteuer zu senken, die Exportindustrie zu fördern, eine umfassende Justizreform in die Wege zu leiten, das Katasterwesen zu rationalisieren und noch ungeklärte Eigentumsfragen zu klären.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Program Vlade Republike Hrvatske u mandatnom razdoblju 2003–2007 [Regierungsprogramm der Republik Kroatien für die Legislaturperiode 2003–2007], Zagreb, 23.12.2003; <[http://www.vlada.hr/zakoni/programVRH/Program\\_vlade\\_RH.pdf](http://www.vlada.hr/zakoni/programVRH/Program_vlade_RH.pdf)>; englischsprachige Fassung: The Program of the Government of the Republic of Croatia for the 2003–2007 Mandate. 23 December 2003, <[http://www.vlada.hr/Download/2004/02/04/VRH\\_ProgramVRHeng\\_ft.htm](http://www.vlada.hr/Download/2004/02/04/VRH_ProgramVRHeng_ft.htm)>.

<sup>37</sup> "Unser Hauptproblem ist die hohe Arbeitslosigkeit". Ein Gespräch mit Ivo Sanader. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.11.2003, S. 14.

<sup>38</sup> Ebenda.

Im Mittelpunkt der Innenpolitik steht die Justizreform unter besonderer Berücksichtigung der Rechte und Pflichten nationaler Minderheiten. Das im Dezember 2002 verabschiedete Verfassungsgesetz über die Rechte nationaler Minderheiten garantiert allen Minderheitengruppen das Recht auf Repräsentation in der Regierung, der Justiz sowie in der lokalen Verwaltung. Das im Verfassungsgesetz verankerte Recht, Vertreter nationaler Minderheiten ins Parlament zu wählen, wurde zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen im November 2003 ausgeübt. Die Abgeordnetenzahl nationaler Minderheiten im Parlament stieg von fünf (Parlamentswahlen 2000) auf acht.<sup>39</sup> Am 15. Februar 2004 fanden die Wahlen für die restlichen Minderheitenvertreter in lokalen Selbstverwaltungen statt, nachdem sie am 13. November 2003 und 14. Dezember 2003 abgesagt worden waren. Laut jüngstem OSZE-Bericht ist die im Verfassungsgesetz gewährleistete Repräsentation von nationalen Minderheiten in der staatlichen Verwaltung sowie in der Justiz reformbedürftig. Wie einem Informationsdokument vom Oktober 2003 zu entnehmen ist, besteht das Gerichtspersonal zu 95% aus Kroaten. Lediglich 2,5% sind Serben und 2,6% Angehörige anderer Minderheitengruppen. Ferner ist die serbische Minderheit in Amtsgerichten und Anwaltskanzleien unterrepräsentiert. Es gibt keinen Vertreter der serbischen oder anderer nationaler Minderheiten in Verwaltungsgerichten. Am Hohen Handelsgericht sowie an regionalen Handelsgerichten sind zwei Anwälte anderer Minderheitengruppen und keiner der serbischen Minderheit angestellt. Am Obersten Gerichtshof sind ein Serbe und zwei Vertreter anderer Minderheiten tätig. Daneben weist der Bericht auf die Anwendung von Doppelstandards hin, die kroatischen Angeklagten entgegen kommen und serbische Angeklagte benachteiligen. Diesbezüglich wird vom derzeitigen Staatsanwalt die Überprüfung ungelöster Fälle von Kriegsverbrechen fortgesetzt, um nicht ausreichend begründeten Anklagen fallen zu lassen. Auf lokaler Ebene sind Verurteilungen in Abwesenheit weiterhin gängige Praxis.<sup>40</sup>

Wie schon für die Račan-Regierung, welche Chefanklägerin Carla del Ponte nicht davon überzeugen konnte, daß sich Ante Gotovina nicht in Kroatien befindet, erwies sich die Zusammenarbeit mit Den Haag auch für die neue Regierung als die am schwierigsten zu erfüllende Voraussetzung einer erfolgreichen Integrationspolitik. Del Ponte hatte wiederholt darauf hingewiesen, es gebe stichhaltige Beweise dafür, daß sich Gotovina in Kroatien aufhalte und von höchsten Stellen geschützt werde. Es wird von Kroatien erwartet, Beweise zu übermitteln, daß sich

<sup>39</sup> Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten für die serbische Minderheit stieg von einem auf drei. Fünf Abgeordnete wurden als Vertreter anderer nationaler Minderheiten gewählt.

<sup>40</sup> Laut Bericht wurden 85% aller Serben (27 von 32) für Kriegsverbrechen in Abwesenheit verurteilt. Siehe OSCE Misija u Republici Hrvatskoj, Glavni ured: Izvješće o statusu br. 13 [Status Report No. 13],

<[http://www.osce.org/documents/mc/2003/12/1976\\_hr.pdf](http://www.osce.org/documents/mc/2003/12/1976_hr.pdf)>;

in engl. Sprache OSCE Mission to Croatia, Headquarters: Status Report No. 13; <[http://www.osce.org/documents/mc/2003/12/1976\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/mc/2003/12/1976_en.pdf)>, S. 13;

OSCE-Background Report: The New HDZ-led Government Pursuing a Policy of Ethnic Reconciliation Which Will Impact on the Mission's Work,

<[http://www.osce.org/documents/mc/2004/01/1928\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/mc/2004/01/1928_en.pdf)>.

der General außerhalb des Landes befindet. Fortschritte bei der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal wurden Anfang März dieses Jahres erzielt, als Anklage gegen die beiden ehemaligen Generäle Ivan Čermak und Mladen Markač erhoben wurde. Die Entscheidung der beiden Generäle, sich dem Tribunal freiwillig zu stellen, wurde von der EU begrüßt. Gleichzeitig lösten die Anklageschriften heftige Diskussionen in Kroatien aus. Das UNO-Kriegsverbrechertribunal hatte die beiden Generäle der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Verletzung des Kriegsrechts als Teil eines "gemeinsamen verbrecherischen Unternehmens"<sup>41</sup> angeklagt. Sie sollen für die Tötung von mindestens 150 Serben, den Raub und die Vernichtung von deren Besitz, die Zerstörung von Städten und Dörfern, Deportationen und andere Kriegsverbrechen zwischen dem 4. August und dem 15. November 1995 verantwortlich gewesen sein. Laut Anklage waren auch andere Personen, unter ihnen der verstorbene kroatische Präsident Franjo Tuđman und der flüchtige General Ante Gotovina, an dem Unternehmen beteiligt, dessen Ziel es gewesen sei, "die serbische Bevölkerung mit Zwang dauerhaft aus der Krajina zu entfernen"<sup>42</sup>. Die meisten kroatischen Politiker warnten davor, daß diese Vorwürfe "die Fundamente des kroatischen Staates in Frage stellen" könnten. Sanađer wies "bestimmte Qualifikationen für die kroatische Regierung [als] völlig unannehmbar" zurück.<sup>43</sup> Die neue Regierung interpretierte die Anklageschriften als einen Angriff auf die Legitimität des Vaterländischen Kriegs (Domovinski rat), mit dem Ziel, die Wahrheit über diesen von Belgrad aufgezwungenen Verteidigungskrieg zu verdrehen. Sie verkündete, auch weiterhin mit Den Haag zu kooperieren, um gegen die Anschuldigungen juristisch vorzugehen und die historische Wahrheit über den Krieg wiederherzustellen. Čermak, der ehemalige Kommandant im Gebiet um Knin während der so genannten "Operation Sturm" im Sommer 1995, und Markač, Ex-Kommandant der kroatischen Sonderpolizeieinheiten, waren laut Anklage direkt für die Verbrechen der kroatischen Streitkräfte verant-

<sup>41</sup> Angeklagte für Massaker bei Vukovar bestreiten jede Schuld. In: <http://www.derStandard.at>, 11.03.2004; Text der Anklage: The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia. The Prosecutor v. Ivan Čermak, Mladen Markač. Indictment. Case No. IT-03-73-I, The Hague, 19<sup>th</sup> February 2004, <http://un.org/icty/indictment/english/cer-ii040224e.htm>.

<sup>42</sup> Unter Punkt 11 der Anklage – im Abschnitt "Individual and superior criminal responsibility" – ist ausgeführt: "By using the word 'committed' in the Indictment, the Prosecutor also includes acts that the accused committed by participating in a joint criminal enterprise. On 4 August 1995, the Republic of Croatia launched a military offensive known as 'Oluja' or 'Storm' ('Operation Storm'), with the objective of re-taking the Krajina region. During and after Operation Storm, and all times relevant to this indictment, Ivan Čermak and Mladen Markač, with others including Ante Gotovina and President Franjo Tuđman, participated in a joint criminal enterprise, the common purpose of which was the forcible and permanent removal of the Serb population from the Krajina region, including by plunder, damage or outright destruction of the property of the Serb population, so as to discourage or prevent members of that population from re-turning to their homes and resuming habitation." Ebenda.

<sup>43</sup> Angeklagte für Massaker (Anm. 40); Der "Vaterländische Krieg". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.05.2004; Political Controversy in Croatia over New War Crimes Indictments, <http://www.rferl.org/newsline/2004/03/100304.asp>.



wortlich. Außerdem hätten die beiden Generäle kroatische Zivilisten dazu angestiftet, selbst Verbrechen an Serben zu begehen. Zudem hätten sie nicht für Recht und Ordnung in den in der "Operation Sturm" eroberten Gebieten gesorgt. Gemeinsam mit dieser Anklage wurde auch der Anklagetext gegen Gotovina geändert. Gegenüber dessen erster Fassung vom Juni 2001 ist die Anklage nun um den Punkt einer "Teilnahme an gemeinsamen verbrecherischen Unternehmen"<sup>44</sup> ausgeweitet. Aus den Anklageschriften gegen die beiden Generäle geht auch hervor, daß die Evakuierung der Krajina-Serben aus den besetzten Gebieten von Milošević geplant wurde. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Vertreibung von kroatischer Seite ebenfalls bewußt betrieben wurde und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Zum weiteren Eklat kam es durch die Aussage des Vertreters der italienischen Minderheit Radin im Parlament, Serben seien während der 1995 durchgeführten Militäraktionen "Sturm" und "Blitz" Opfer ethnischer Säuberungen geworden. Dies rief heftige Reaktionen beim Regierungschef hervor, der diese Beschuldigung mit der Behauptung zurückwies, Kroatien habe das Recht gehabt, sich zu verteidigen und die besetzten Gebiete zu befreien. Früher oder später wird sich Kroatien einer Diskussion über die Bedeutung des "Vaterländischen Krieges" und die Aufarbeitung der jüngsten kroatischen Geschichte stellen müssen, auch wenn einige Vertreter sowohl der Regierung als auch der Opposition der Meinung sind, dies hätte sich mit der im Jahre 2000 verabschiedeten "Deklaration über den Vaterländischen Krieg" erledigt. Sanaders Reaktion zeigt, daß die politischen Eliten der HDZ noch nicht erkannt haben, daß die beiden im Jahre 1995 durchgeführten militärischen Aktionen die Vertreibung der serbischen Minderheit zum Ziel hatten, d.h. "als ethnische Säuberungen Teil einer Gesamtstrategie" waren, "für die letztlich Präsident Tudman und sein Verteidigungsminister Gojko Šušak verantwortlich" zu machen sind.<sup>45</sup>

Betreffend der außenpolitischen Aufgaben nahm sich die neue Regierung vor, das Verhältnis zu den USA, das unter der Račan-Regierung ins Stocken geraten war, zu verbessern, denn laut Sanader gibt es keine Alternative zur transatlantischen Zusammenarbeit. Die HDZ war die einzige Partei, welche die amerikanische Intervention in Irak begrüßt und sich bereit erklärt hatte, kroatische Soldaten auch ohne UNO-Mandat in den Irak zu entsenden. Demgegenüber hatte sich Račans Regierung bei den Amerikanern unbeliebt gemacht durch ihre Ablehnung, die Irak-Intervention zu unterstützen und bis zum 1. Juli 2003 das Abkommen über die Nichtauslieferung amerikanischer Staatsbürger an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (ICC) zu unterzeichnen. Dies verschaffte ihr reichlich Sympathie bei jenen europäischen Staaten, die sich als Kriegsgegner deklarierten. Laut Račan sollte Kroatien auf die EU hören, denn schließlich wolle Kroatien nicht der 51. amerikanische Staat, sondern das 28. EU-Mitglied werden.<sup>46</sup>

<sup>44</sup> Angeklagte für Massaker (Anm. 40)..

<sup>45</sup> Schwarz, Karl-Peter: Die Tasche von Medak. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.05.2004.

<sup>46</sup> Podgornik, Branko: Sanader popravljja hrvatske odnose sa SAD-om [Sanader verbessert Kroatiens Beziehungen zu den USA]. In: *Novi list*, 29.11.2003; <[www.novolist.hr](http://www.novolist.hr)>.



Nach einer Reihe widersprüchlicher Andeutungen wurde das Rätselraten über eine mögliche Unterzeichnung des Abkommens und die Entsendung von Truppen in den Irak beendet, als die kroatische Regierung durch ihren Außenminister Miomir Žužul am 23. März 2004 bekanntgab, weder das eine noch das andere zu tun.<sup>47</sup> Kroatien vereinbarte mit den USA, eine aktive Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft wahrzunehmen und auf multilateraler Ebene zu kooperieren. Diese Kooperation soll durch die Teilnahme am Wiederaufbau Afghanistans im Rahmen sogenannter *Provincial reconstruction teams* ausgeübt werden. Wie aus Diplomatentreisen verlautete, seien die Unterzeichnung des Abkommens und die Entsendung von Truppen in den Irak für ein stabiles amerikanisch-kroatisches Verhältnis nicht ausschlaggebend. Sollte aber der UNO-Sicherheitsrat die nötigen Resolutionen verabschieden und sollte die NATO auf dem Juni-Gipfel in Istanbul, die Entscheidung über ein Engagement im Irak treffen, werde sich Kroatien vor seinen internationalen Verpflichtungen nicht drücken.<sup>48</sup>

Eine Mitgliedschaft in der Allianz bedarf zunächst einer Reformierung der kroatischen Armee. Bei ihrer jetzigen Struktur, inkompatibel mit der Nato, ist Kroatiens Armee nach dem Prinzip der Territorialverteidigung aufgebaut, das auf die Zeiten Jugoslawiens zurückgeht und auf der Doktrin der Jugoslawischen Volksarmee (Jugoslavenska Narodna Armija – JNA) beruht. Gravierende Probleme resultieren aus der Notwendigkeit von Personalabbau, Ausgabensenkung und technischer Modernisierung. Im Hinblick auf den NATO-Beitritt hat Kroatien bisher zwei Aufgaben erfüllt: die Durchführung von Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans zur Mitgliedschaft sowie die Ernennung des nationalen Koordinators für die NATO, der die Politik der einzelnen Ministerien für eine NATO-Mitgliedschaft koordinieren soll. Ende März wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Resolution vorgelegt, in der die NATO ersucht wird, bis 2007 die Beitrittsmöglichkeiten für Kroatien, Albanien und Makedonien ("Adria-Charta") zu prüfen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Erteilung des positiven Avis auch ohne die Ratifizierung des SAA seitens Großbritanniens, der Niederlande und Italiens erfolgte, hat Kroatien noch offene Fragen mit den Nachbarstaaten zu klären. So sind Slowenien und Italien mit der im Oktober 2003 unilateral durch Kroatien ausgerufenen Umweltschutz- und Fischereizone äußerst unzufrieden. Slowenien besteht auf der Rücknahme der ausgerufenen Zone.<sup>49</sup> Italien möchte die Frage der Fischereirechte zur Voraussetzung für den EU-Beitritt Kroatiens machen und besteht auf der Errichtung einer gemeinsamen Zone für Italien, Kroatien und Slowenien. Zusätzlich hat Kroatien mit Italien die Rückgabe von Eigentum an die

<sup>47</sup> Croatia Gives the US the Cold Shoulder, <[www.rferl.org/newsline/2004/03/4-see/see-240304.asp](http://www.rferl.org/newsline/2004/03/4-see/see-240304.asp)>.

<sup>48</sup> Nema zaokreta: Hrvatska "pliva" između EU i SAD [Kein Zurück: Kroatien zwischen EU und USA.]. In: *Vjesnik*, 23.03.2004; <<http://www.vjesnik.hr>>.

<sup>49</sup> Barišić, Marko: Bilateralni pregovori možda bolje rješenje [Bilaterale Verhandlungen vielleicht eine bessere Lösung.]. In: *Vjesnik*, 13.03.2004; <<http://www.vjesnik.hr>>; Kroatien, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess – Jahresbericht 2003 (Anm. 11),

sogenannten "Esuli"<sup>50</sup>, die Behandlung der italienischen Minderheit und die Zusammenarbeit bei der Vermeidung von Unfällen in der Adria zu klären. Laut *Novi list* hat Kroatien den Fehler begangen, nicht wie Slowenien gehandelt zu haben, das regelmäßig seine Beträge an Italien für die Esulen entrichtete. Hätte Kroatien damit schon unter der Tudman-Regierung begonnen, würde sich das Problem jetzt nicht stellen. In dem vor kurzem verabschiedeten Budget wurden auf Beharren der HSP nun diesbezüglich 35 Mio. Euro einkalkuliert.<sup>51</sup>

## Zusammenfassung

Gordana Grgas, Herausgeberin der Zeitschrift *Croatia's Banka Magazine* hatte zu Beginn des Jahres 2004 gemahnt:

*"Any delays for Croatia on its path to the EU will come with a price tag, in terms of both, lost foreign investments and lost aid from European funds intended for candidate countries. This would amount to several hundred million euros a year."*<sup>52</sup>

Auch unter diesem Aspekt betrachtet, hat die neue HDZ-Regierung mit der Erlangung des Avis im April bzw. des offiziellen Kandidatenstatus für Kroatien im Juni ihre erste große Bewährungsprobe erfolgreich bestanden. Eine Regierung, der es unmittelbar nach den Parlamentswahlen nur wenige zutrauten, daß sie in die Fußstapfen der Račan-Regierung treten, Kroatien in Richtung EU und NATO führen sowie die begonnen Reformen und Aufgaben fortsetzen würde. Aber mit jedem politischen Teilerfolg des Kabinetts Sanader schwanden die Befürchtungen, die HDZ-Regierung könnte Kroatien international wieder völlig isolieren.

Der kroatische Regierungschef blieb seinem in der Wahlkampagne vorgegebenen Kurs treu. Zunächst gelang es ihm, die serbischen Minderheitenvertreter auf seine Seite zu bringen. Auf besondere Aufmerksamkeit stieß dabei sein Versprechen, ihnen bei der Rückgabe ihres Eigentums und der Rückkehr der Flüchtlinge zu helfen. Dann erreichte er von der Chefanklägerin des UN-Tribunals, Carla del Ponte, die Zustimmung, den Anwälten des flüchtigen Generals Gotovina Einsicht in die Dokumente zu gewähren, die die kroatische Regierung nach Den Haag überstellte. Die Auslieferung der wegen Kriegsverbrechen angeklagten kroatischen Generäle leitete eine entscheidende Wende in der Zusammenarbeit mit dem ICTY ein. Dies schuf das Fundament für ein Schreiben des Tribunals an die Europäische Kommission, in dem Carla del Ponte die Bereitschaft Kroatiens zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit dem Tribunal bestätigte. Großbritannien nahm dieses Schreiben zum Anlaß, der Regierung in Zagreb bei ihrem Integrationsbestreben volle Unterstützung zuzusagen, was letztendlich zum positiven Avis führte.

---

<sup>50</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg aus Kroatien geflüchtete und enteignete Italiener.

<sup>51</sup> Grubiša, Damir: Pogrešan oslonac na Berlusconi [Falsche Anlehnung an Berlusconi]. In: *Novi list*, 12.03.2004; <<http://www.novilist.hr>>

<sup>52</sup> Grgas, Gordana: Croatia and the EU: A second chance, <<http://www.euractiv.com/cgi-bin/cgint.exe/1029058-549?714&1015=2&1014=bankahr01>>.

Es steht zu erwarten, daß sich die Regierung im Zuge der Beitrittsvorbereitungen neben wirtschaftspolitischen Aufgaben vermehrt der Justiz- und Verwaltungsreform und der damit verbundenen Implementierung des Minderheitengesetzes zuwenden wird. Um über die formale Gewährleistung ihrer Rechte hinaus den Minderheiten ein Gefühl von staatsbürgerlicher Zugehörigkeit und Sicherheit zu vermitteln, muß die HDZ weiterhin – notfalls auch in den eigenen Reihen – gegen jegliche Form von Nationalismus, Rassismus oder ideologischem Extremismus vorgehen.

(Abschluß des Manuskripts: 30.05.2004)